
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL: WOLFSPOLITIK DER LANDESREGIERUNG IST GESCHEITERT

04.08.2025

- **Bund will Schutzstatus in Hessen nicht herabstufen**
- **Freie Demokraten fordern funktionierendes Monitoring**
- **Reguläre Jagd auf den Wolf muss das Ziel bleiben**

Wiebke Knell, Fraktionsvorsitzende und jagdpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat ihre Forderung nach einem funktionierenden Wolfsmonitoring erneuert: „Die vollmundigen Ankündigungen der schwarz-roten Landesregierung von einer Renaissance der Realpolitik auch beim Thema Wolf waren offenbar nichts wert. Denn nach wie vor liegen keine belastbaren Zahlen zur Wolfspopulation vor. Die offiziell kommunizierten Zahlen wecken große Zweifel bei den Menschen im ländlichen Raum und sind kaum mit den Sichtungen, Rissen und persönlichen Erfahrungen in Einklang zu bringen. Mit Blick auf die offiziellen Zahlen sieht die Bundesregierung nun offenbar die rechtlichen Bedingungen für die Einführung einer Jagdzeit für den Wolf nicht erfüllt“, erklärt Knell. Sie nimmt Bezug auf eine aktuelle Berichterstattung der Frankfurter Rundschau, wonach Hessen einen geringen Wolfsbestand habe und der Wolf geschützt bleibe. „Die Landesregierung ist mit ihrer Wolfspolitik gescheitert. Die Umkehr der grünen Wolfspolitik der Vorgängerregierung ist misslungen, weil Schwarz-Rot nicht alle notwendigen Schritte in die Wege geleitet hat.“

Knell erinnert an die langjährige Forderung der Freien Demokraten, ein funktionierendes Monitoring als ersten Schritt auf dem Weg zur Bejagung des Wolfs einzuführen. „Die Ampelregierung im Bund hatte Fortschritte erreicht, auf EU-Ebene schien der Weg für die Bejagung frei - und jetzt scheitert es daran, dass die zuständigen Bundesländer sich weigern, ein funktionierendes Monitoring aufzubauen, das verlässliche Zahlen zur Population liefert. Das kann nicht sein“, sagt Knell und betont: „Die Bedrohung durch den

Wolf ist weiter da. Tierhalter sorgen sich um ihre Herden, und die Menschen im ländlichen Raum fürchten Angriffe. Eine reguläre Jagd auf den Wolf muss das Ziel bleiben."

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de